

„An Jahrhundertkatastrophe vorbei geschliddert“

Zugunglück muss grundlegende Konsequenzen haben



Sonntagmorgen auf der B 42 zwischen Assmannshausen und Rüdesheim, die Straße wurde für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Rheingau. (rf) – Die Entgleisung des Güterzugs auf der Bahnstrecke zwischen Lorch und Rüdesheim haben Staatssekretärin Petra Müller-Klepper, der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch sowie die Bürgermeister Jürgen Helbing (Lorch) und Volker Mosler (Rüdesheim) als Alarmsignal und erschreckenden Vorfall bezeichnet, aus dem umgehend grundlegende Konsequenzen gezogen werden müssen. „Der Rheingau ist an einer Jahrhundert-Katastrophe vorbei geschliddert. Der Güterverkehr auf der Schiene muss raus aus dem Rheintal. Das Unglück zeigt plastisch das Gefährdungspotenzial, das die Güterzüge für die Anlieger und die gesamte Region bergen.“ Die Staatssekretärin, der Bundestags-

abgeordnete und die Bürgermeister zeigten sich erleichtert, dass es nur zu Sach- und keinen Personenschäden gekommen ist. „Es ist nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn der Zug vollends entgleist wäre oder wenn er Gefahrgut transportiert hätte.“ Sowohl die Bürgerinitiativen als auch die politisch Verantwortlichen der kommunalen, Landes- und Bundesebene, die in und für die Region Verantwortung tragen, machten seit Jahren nicht nur auf die Belastungen durch Lärm und Erschütterungen, sondern auch auf die Risiken aufmerksam. Diese Einschätzung sei durch die Zugentgleisung bestätigt worden. „Das enge Rheintal ist als Transportstrecke für solche Gütermassen nicht geeignet. Wir brauchen eine Alternativtrasse, die mit Nach-

druck umgesetzt werden muss. Die Forderungen der Bürger und Politiker aus der Region müssen zeitnah zu konkreten Maßnahmen führen.“

Als kurzfristige Maßnahmen forderten die Politiker eine Geschwindigkeitsreduzierung im Rheintal, eine Überprüfung des Sicherheits- und Alarmierungssystems sowie einen TÜV für Güterzüge. Nach einer Begehung der Unfallstrecke stellen sich für sie insbesondere Fragen, ob die Bahn die notwendigen Sicherheitsstandards gewährleisten kann. „Wir brauchen ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen an den Bahntrassen. Es ist nicht hinnehmbar und zu verstehen, dass nach Entgleisung und Achsbruch der Zug weiter gefahren ist. Hat hier das Alarmierungssystem versagt?“ Hier

gebe es dringenden Aufklärungs-Analysebedarf. Empört zeigen sich drei Politiker, dass die Verantwortlichen der Bahn nicht vor Ort waren und auch die Kommunikation sehr gering gewesen sei. „Von einem Einsatz oder Krisenstab war nichts zu sehen. Die Informationen mussten wir durch eine Odyssee per Telefon zusammen suchen. Von den Kräften der Region ist hervorragende Arbeit geleistet worden. Wir danken der Rheinpolizei und Feuerwehr sowie den Kräften der Bahnpolizei für ihren kungsvollen und besonnenen Einsatz.“ Die Bundespolizeiinspektion Frankfurt/Main und das Eisenbahnbundesamt haben die Ermittlungen aufgenommen. Hinweise an Telefon 069/3400 – 6953.

Verlust mit neuem Beschluss verhindert

Rheingau. – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch hat sich erfolgreich für die Umschichtung der zusätzlichen Investitionsgelder für den Lärmschutz im Mittelrheintal eingesetzt. Die Mittel in Höhe von 21,7 Millionen Euro für das „Sonderprogramm Lärmschutz Schiene“ waren im vergangenen Dezember im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für die Jahre 2013 und 2014 zur Verfügung gestellt worden. Da die Deutsche Bahn die für das Haushaltsjahr 2013 veranschlagten

Gelder leider so schnell nicht zielführend einsetzen konnte, drohten die für 2013 übrig gebliebenen Mittel in den Finanzierungstopf zusätzlicher Straßenprojekte verschoben zu werden. Willsch, der Obmann seiner Fraktion im Haushaltsausschuss ist, konnte mit seinem Einsatz einen Verlust der Gelder für das Mittelrheintal verhindern. Durch den neuen Beschluss des Haushaltsausschusses vom 5. Juni wird es der Deutschen Bahn ermöglicht, die Mittel zu größeren Teilen als zuvor noch in 2014 abzurufen und so voll und ganz und in den Lärmschutz im Mittelrheintal zu investieren. „In einigen Bereichen des Mittelrheintals ist die Ausschreibung für den Ein-

bau zusätzlicher Isolierstöße schon erfolgt, sodass wir zuversichtlich für erste spürbare Ergebnisse sein können.“, so Willsch. In Rüdesheim sei die Ausschreibung für den Einbau von Schienenstegabschirmungen bereits in der Vorbereitung, berichtet Willsch. Willsch wertet den Beschluss als gutes Zeichen für die am 17. Juni in Rüdesheim stattfindende nächste Sitzung des Projektbeirats „Leiseres Mittelrheintal“. In diesem Beirat beraten Vertreter von Bürgerinitiativen, Bahn und Politik gemeinsam über Lösungsansätze der Lärmproblematik in Welterbe Mittelrheintal.



Petra Müller-Klepper

Ihre Landtagskandidatin